Rede von Ulrich Sander am 31. März 2019 auf dem Friedhof von Bochum-Werne am antifaschistischen Denkmal

**Erinnerung an die Märzgefallenen des Kapp-Putsches 1920 und an die Kämpfer gegen Faschismus uns Krieg**

Vor hundert Jahren schrieb Rosa Luxemburg: Es „wird aus dieser ‚Niederlage‘ der künftige Sieg erblühen“. Dessen war sie sich einen Tag vor ihrem grausamen Tod in einem Artikel der „Roten Fahne“ sicher. Sie verkündete ihren und unseren Feinden: “Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd wieder in die Höh' richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Nach den Kämpfen in Berlin, Bremen, München – bis zum Mai 1919 – und der Schaffung der Reichsverfassung von Weimar war das Ringen nicht zu Ende. Im März 1920 fühlte sich die Reaktion in der Lage, nun auch jene zu vernichten, die im November 1918 so treu an der Seite der Militaristen und Kapitalisten standen. Denn es heißt im Sprichwort: Der Verrat ist beliebt, nicht der Verräter. General Erich Ludendorff, der Militärdiktator, der die Mehrheitssozialdemokratie benutzte, um sich aus dem Krieg herauszuwinden, er schrieb an seine Frau: „Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen lassen und baumeln sehen.“

Wenige Tage danach wurden Ebert, Scheidemann und Co. aus Berlin vertrieben. Die Vertreter der finstersten Reaktion, Kapp und Lüttwitz und die Freikorps, putschten gegen die parlamentarische Demokratie. Kapp schrieb: „Das Leben von Hunderttausenden spielt keine Rolle“.

Doch Hunderttausende dachten nicht daran, Kapp gewähren zu lassen. In den stürmischen Tagen der Novemberevolution, der größten Massenaktion in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hatten diese Proletarier die imperialistische Herrschaft aufs tiefste erschüttert. Und nun gingen sie daran, in einheitlichen Massenstreiks und Massenkämpfen – auch bewaffneten - zumindest die bürgerlich-demokratischen Errungenschaften des November `18 zu verteidigen. In fünf Tagen wurden die Kapp und Lüttwitz geschlagen. Die Massen hatten gelernt, -aber immer noch nicht genug. Kaum war die Regierung wieder in Berlin auf ihrem Posten, da begann der Verrat von neuem. Es wurde zwar ein Bielefelder Abkommen geschlossen, das die „sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch Schuldigen“ vorsah, die „sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung“; die „Bildung von Ortswehren aus organisierten Arbeitern“ und die Nichteinmischung der Reichswehr. Gutgläubig begannen sich Teile der Roten Ruhrarmee aufzulösen, - und wer nicht schnell genug die Waffen abgab, bekam die Waffen der Reaktion zu spüren. Die Reichswehrsöldner führten den Krieg gegen die Ruhrarbeiter mit äußerster Grausamkeit. Bis April wurden über 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter, junge Revolutionäre und Antimilitaristen ermordet.

Doch die Forderungen des Bielefelder Abkommens – wenn sie auch nicht verwirklicht wurden – behielten ihre Gültigkeit. Die einheitlich handelnde Arbeiterbewegung hatte zwar nicht ihre gesellschaftsverändernden Ziele erreicht, aber doch die Militärdiktatur verhindert, die Rückkehr zur Monarchie ebenso, und demokratische Errungenschaften der Kämpfe vom November verteidigt. Damit endete endgültig die Novemberrevolution. Und sie blieb doch unvollendet.

Es zeigte sich bald, dass das Ausbleiben der Entmachtung des Finanzkapitals, der Schwerindustrie und des Militarismus die Grundlage für die spätere faschistische Wende im Jahr 1933 darstellte. Vor allem der Notstandartikel 48 der Weimarer Reichsverfassung erwies sich als verhängnisvoll.

Es bedurfte ungeheurer millionenfacher Opfer weltweit, um den deutschen Faschismus und Imperialismus niederzuringen. Und dieser Kampf ist nicht zu Ende. Karl Liebknecht schrieb im Angesicht des Todes die Zeilen: „Unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen.“

Das wichtigste in diesem Programm sagt auch der Schwur der Häftlinge von Buchenwald vom April 1945 aus: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Frieden schaffen und Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln – das ist und bleibt dringliche Zukunftsaufgabe. Neben dem Schwur von Buchenwald gab es eine weitere wichtige Programmatik, eine die nicht vergessen werden darf und neben den Schwur von Buchenwald zu stellen ist. Ja, ich meine das erste Parteiprogramm der CDU, das Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 besagte in seiner Kernaussage: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein."

Ich finde es bemerkenswert, dass der französische Finanzminister Bruno Le Maire im Januar dieses Jahres auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos ähnliche Worte fand, wie sie im Ahlener Programm standen: Er konstatierte nicht nur eine Krise der Globalisierung, sondern "eine Krise des Kapitalismus, der nicht mehr die Bedürfnisse der Menschen befriedigt". Dies sei kein französisches, sondern ein weltweites Problem. (lt. Südd. Ztg. 25. Januar 2019). In Davos gab man sich selbstkritisch, ließ z.B. Greta Thunberg, die streitbare Schülerin aus Stockholm, sprechen. Und ein Spitzenmanager der Finanzwirtschaft bekannte in vertraulicher Runde, ihm sei bewusst, dass die Globalisierung die Reichen noch reicher und viele Arme noch ärmer gemacht habe. Aber er wisse nicht, wie das wieder zu ändern sei.

Wir könnten darauf gern eine Antwort geben: Geändert wird das nur durch den entschlossenen Kampf der Unteren gegen die Oberen.

Doch diesen Kampf, ja jede antikapitalistische Kritik will man verbieten. Und da komme ich auf die Landesregierung, wie wir sie heute in NRW haben, zu sprechen. Deren Innenminister Herbert Reul von der CDU sagte gegenüber der Süddeutschen Zeitung: Er wolle einen Verfassungsschutz, der die „ganze Bandbreite“ der Geheimdienste anwende. Wörtlich sagte er zur Bewegung im Hambacher Forst und „zum Thema Linksjugend“: „Auch die will unseren Staat abschaffen. Wir dürfen bei den linken Extremisten genauso wenig wegschauen wie bei den rechten. (…) Wenn ich Informationen bekomme, wer hinter den Demonstrationen und Blockaden steckt, dann lerne ich, dass auch Leute darunter sind, die da nicht wegen Wald, Klima oder Kohle hinfahren, sondern für einen antikapitalistischen Kampf.“ Der antikapitalistische Kampf oder doch nur die antikapitalistische Kritik, wie sie immer mehr Menschen entsprechend der Lehren der Geschichte für richtig halten,- sie wird in unserem Bundesland kriminalisiert. Und weiter ging es auf dieser Linie des Herrn Reul:

Anfang des Jahres, pünktlich zum Gedenktag für die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz,  drohten nordrhein-westfälische Finanzämter in einer konzertierten Aktion und in gleichlautenden Schreiben damit, dem Landesverband NRW der VVN-BdA sowie mehreren selbständigen Kreisvereinigungen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Einzig aufgeführte Begründung ist die Erwähnung der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.) im bayerischen Verfassungsschutzbericht. Es gibt nur noch dieses Land, dass die VVN-BdA im VS-Bericht aufführt; es ist jedoch auch dort damit nicht der Entzug der Gemeinnützigkeit verbunden. Nordrhein-Westfalen stünde mit dem Vorgehen gegen die VVN-BdA und dem Entzug der Gemeinnützigkeit einzigartig da. Die Regierung Laschet (CDU) hat offenbar den Anspruch, sich an die Spitze der politischen AntiAntifa zu stellen. Sie bekämpft Antifaschisten und hilft so den den Rechten.

Die Post von Finanzämtern mit der Ankündigung, uns die Berechtigung für Spendenbescheinigungen, also für legale Steuerermäßigungen, zu nehmen, kam am selben Tage an, an dem in der Presse zu lesen war, wie die Deutsche Bank - das ist die mit der Verbrechervergangenheit aus der Nazizeit - berechtigt war, Bescheinigungen auszustellen, mit denen die Kunden Steuern zurückverlangen konnten, die sie gar nicht gezahlt hatten. Milliarden Euro gingen dem Fiskus verloren, der jetzt ein paar Euro durch Schikanen gegen die VVN-BdA verdienen will.

Als traditionsreiche und älteste Organisation  des deutschen Widerstandes und der Naziopfer fordern wir die sofortige Einstellung der gegen die VVN-BdA gerichteten Maßnahmen und auch jener gegen andere demokratische Organisationen. Eine solche konzertierte Aktion hat es in Nordrhein-Westfalen nicht einmal in Zeiten des Kalten Krieges gegeben. In diesen Zeiten wurde uns nicht die Gemeinnützigkeit entzogen. Nun erfolgt das Vorgehen gegen jeden, der auf die Verbindung von Kapital und Nazis hinweist. Es wird gegen die VVN vorgegangen, weil sie den Arbeiterwiderstand würdigt, der immerhin 70 Prozent des gesamten Widerstandes gegen die Nazis verkörpert.

Wir fordern Schluss zu machen mit dem politischen Kampf der sogenannten Mitte gegen die Demokratie, wie er in dem Vorgehen gegen uns, aber auch gegen Attac und gegen Umweltverbände zum Ausdruck kommt.

Immer wenn wir die Zeitung aufschlagen oder Fernsehnachrichten sehen, bekommen wir neue Meldungen von der Stützung der rassistischen AfD durch Medien und Politik zu hören und zu lesen.

Da wird von der CDU und CSU ein Europa-Wahlprogramm mit dem Streben beschlossen, das nur so strotzt von Dominanzansprüchen, Aufrüstungsplänen, Abwehr von Fremden und Infragestellung von Grundrechten und Bewilligungen von mörderischen Rüstungsexporten. Wir alle sehen und hören diese Meldungen. Und wir lehnen sie ab.

Doch es reicht nicht, die Lage zu schildern. Es reicht nicht, das Gesehene abzulehnen und sich im Internet darüber zu verständigen, dass man sie ablehnt. Es geht auch nicht, nur zu gedenken, was geschah. Es muss heißen: Geh-Denken! Gehe hin und denke - und handele! Geh Handeln!

Die TAZ, dies widersprüchliche Blatt, riet kürzlich davon ab, am Ostermarsch teilzunehmen. Es reiche doch völlig aus zu wissen, dass die öffentliche Meinung längst „friedensbewegt“ ist. Nein und nochmals Nein. Sie ist nicht „bewegt“, sie mag für den Frieden sein, aber es bewegt sich nicht genug. Das ist das schlimme und gefährliche. (taz,16.3.19)

Wenn wir nicht handeln, wird es bald nichts mehr für uns zu handeln geben, dann handelt man gegen uns: Mit Rüstung, mit Polizeiknüppel und Polizeigesetzen, mit immer neuen Spitzeldiensten – ja auch gegen Kinder - ja auch mit dem Finanzamt. Seehofer will den Verfassungsschutz gegen Kinder einsetzen. Es glaube niemand, damit seien nur Kinder von Ausländern gemeint, es geht sicher auch gegen die Friday-Demonstranten.

Der Bochumer Herbert Grönemeyer singt: Gebt den Kindern das Kommando. Und sie haben es verstanden. Sie tauschen nicht mehr ihre wohlmeinenden Meinungen nur per Smartphone aus – sie handeln. Jeden Freitag. Unterstützen wir sie! Ihre Zukunft wird versaut, wenn wir den Klimawandel weiter zulassen wie bisher. Wenn weiter gerüstet wird. Wenn die Ressourcen der Erde vernichtet werden. Wir haben nur eine Erde und die muss erhalten und richtig gestaltet werden. Es muss das Programm der befreiten Menschheit Wirklichkeit werden. Trotz alledem!

 \*

Noch eine Information zum Schluss:

Am 30. 3. 19 stand auf der Lokalseite Dortmund der Ruhrnachrichten:

„Nach langem Vorlauf segnete der Rat den Bau der Gedenkstätte für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter am Phönixsee ab. Das Mahnmal soll auf der Kulturinsel geschaffen werden. Einen ersten Antrag zu dieser Gedenkstätte stellte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) im Jahr 2002, als es den See noch gar nicht gab.

Gleichzeitig verabschiedete der Rat auf Antrag von SPD, Grünen, Linken & Piraten eine Resolution mit der Aufforderung an die Landesregierung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA beizubehalten. Wie anderen Organisationen, die sich auch politisch engagieren, will die NRW-Finanzbehörde der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkennen. In dem Fall, heißt es in der Resolution, werde ‚die Organisation mittels der massiven Beschränkung ihrer finanziellen Mittel in ihren Wirkungsmöglichkeiten behindert‘.“

Zwei Dichterworte als Anhang: Eine Würdigung des Arbeiterwiderstandes hat unser Jupp Angenfort gern zitiert; sie stammt von Ernst Wiechert; er war katholischer Schriftsteller und selbst Häftling im KZ Buchenwald und schrieb 1947:

„Die Helden und Märtyrer jener Jahre, sie sind nicht diejenigen, die mit dem Kriegs­lorbeer aus den eroberten Ländern zu­rück kehrten. Sie sind diejenigen, die hinter Gitter und Stacheldraht zu Ehre des deutschen Namens starben. Unter ihnen gab es wenige von Adel und nicht sehr viele aus den Reihen des reinen Geistes. Unter ihnen gab es viele aus den Reihen der Kirche, aber sie alle treten zurück hinter den langen Zügen, die aus den Hütten des armen Mannes bei Tag und Nacht ihren Todesweg antraten. Vieler Jahrzehnte Lasten, Hunger und Qual hat der deutsche Arbeiter getragen, Kriegs- und Friedenslasten, aber niemals hat er eine schwerere getragen als in diesen zwölf Jahren. Niemals auch eine ehrenvollere und keine Hand einer dunklen oder hellen Zukunft soll diesen unvergänglichen Glanz von seiner Stirn wischen.“

Noch ein Dichterwort. Ich weiß nicht, ob die demonstrierenden Schülerinnen und Schüler etwas über Georgi Dimitroff gelernt haben. Vermutlich nicht, denn dieser kommunistische Anführer hat gesagt, dass der Faschismus an der Macht das Regime der am meisten aggressiven und kriegstreiberischen Kreise des Finanzkapitals und der Schwerindustrie sei, und so etwas darf nicht gelehrt werden, weshalb alle zeitgeschichtlichen Historiker der DDR, in der so etwas gelehrt wurde, 1990 auf die Straße gesetzt wurden. Dimitroff hat Ende 1933 vor Gericht gestanden und die Nazis wollten ihm die Brandstiftung des Reichstages, mit dem sie ihren Terror begründeten, anlasten. Er konnte jedoch seinen Freispruch erkämpfen. Es bleibt seine Mahnung an die Deutschen, vor allem an die deutsche Arbeiterklasse gültig. Er sprach im Schlußwort vor dem Reichsgericht die Worte von Goethe:

„Auf des Glückes großer Waage / Steht die Zunge selten ein:/ Du mußt steigen oder sinken, / du mußt herrschen und gewinnen / oder dienen und verlieren, / leiden oder triumphieren, / Amboss oder Hammer sein.“